

Dezernat OB

22.06.2026

Betreff

Resolution des Gemeinderates „Kommunen am Limit,“

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Öffentlichkeitsstatus	Zuständigkeit
1. Gemeinderat	23.06.2026	öffentlich	Entscheidung

Stadtbezirksbezug:

00 stadtweit

Vorgeschlagene Maßnahme zur Bürgerbeteiligung:

Ja/Nein

Klimarelevanz: Einschätzung der potentiellen Auswirkungen;
negative oder positive Auswirkungen sind in Anlage K dargestellt

Klimafolgenanpassung: negativ/neutral/positiv**Beschlussantrag:**

Der Gemeinderat beschließt die Resolution „**Kommunale Handlungsfähigkeit sichern – Mannheim unterstützt die Aktion ‚Kommunen am Limit‘ des Deutschen Städtetags**“.

Beschlussanlage

Resolution des Gemeinderats der Stadt Mannheim

„Kommunale Handlungsfähigkeit sichern – Mannheim unterstützt die Aktion ‚Kommunen am Limit‘ des Deutschen Städtetags“

Der Gemeinderat der Stadt Mannheim schließt sich der bundesweiten Aktion „**Kommunen am Limit**“ des Deutschen Städtetags, des Deutschen Landkreistags und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes an.

Der Gemeinderat stellt fest:

Die kommunale Ebene steht an einem Kipppunkt. Städte und Gemeinden in Deutschland befinden sich in der schwersten Finanzkrise seit Jahrzehnten. Die kommunalen Defizite haben historische Höchststände erreicht.

Auch die Stadt Mannheim ist von dieser Entwicklung in besonderem Maße betroffen. Nach aktuellen Prognosen wird bis Ende 2028 ein Liquiditätsdefizit von rund **500,4 Millionen Euro** erwartet. Der Doppelhaushalt 2025/2026 wurde durch das Regierungspräsidium Karlsruhe nur unter Auflagen genehmigt. Die Stadt ist verpflichtet, umfassende Konsolidierungsmaßnahmen umzusetzen.

Die Ursachen dieser strukturellen Krise liegen nicht allein auf kommunaler Ebene. Bund und Länder haben den Kommunen in den vergangenen Jahren zahlreiche zusätzliche Aufgaben und Rechtsansprüche übertragen, ohne die entstehenden Kosten dauerhaft und vollständig auszugleichen. Dies betrifft insbesondere die Bereiche Kinderbetreuung, Ganztagsausbau, Integration, Sozialleistungen, Wohngeld, Jugendhilfe, Bildung, Klimaschutz und öffentliche Infrastruktur.

Gleichzeitig stehen die Kommunen unter massivem Druck durch steigende Personal-, Energie- und Baukosten sowie deutlich rückläufige Gewerbesteuereinnahmen. In Mannheim führen insbesondere der Einbruch der Gewerbesteuer sowie steigende Pflichtausgaben zu einer dramatischen Verschärfung der Haushaltslage.

Städte und Gemeinden sind das Fundament des demokratischen Gemeinwesens. Hier erleben die Bürgerinnen und Bürger täglich die Leistungsfähigkeit des Staates – in Kitas, Schulen, Kultur- und Sporteinrichtungen, Bürgerdiensten, sozialer Arbeit, Integration und Stadtentwicklung. Die kommunalen Leistungen müssen verlässlich erbracht werden.

Der Gemeinderat fordert deshalb:

1. Lückenlose und verbindliche Anwendung des Konnexitätsprinzips

Wer neue Aufgaben oder Rechtsansprüche beschließt, muss deren Finanzierung vollständig und dauerhaft sicherstellen. Dies gilt uneingeschränkt auch für bereits übertragene Aufgaben und bestehende Rechtsansprüche: Bund und Länder sind verpflichtet, diese umgehend und konsequent auf ihre tatsächliche finanzielle Unterlegung zu überprüfen und bestehende Finanzierungslücken vollständig zu schließen. Eine dauerhafte Unterfinanzierung kommunaler Pflichtaufgaben ist nicht länger hinnehmbar.

2. Substanzielle und dauerhafte Entlastung bei Sozialausgaben

Die Kosten insbesondere für Eingliederungshilfe, Jugendhilfe, Unterkunftskosten, Integration und Flüchtlingsaufnahme müssen deutlich stärker von Bund und Ländern übernommen werden.

3. Einrichtung eines dauerhaften kommunalen Zukunfts- und Investitionsfonds

Bund und Länder müssen langfristig zusätzliche Mittel für Schulen, Kitas, Verkehrsinfrastruktur, Digitalisierung, Klimaanpassung und die kommunale Transformation bereitstellen.

4. Nachhaltige Stärkung der kommunalen Finanzbasis

Die kommunale Finanzausstattung muss so reformiert werden, dass Städte und Gemeinden auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten handlungsfähig bleiben.

5. Spürbarer Bürokratieabbau und mehr Handlungsspielräume

Bund und Länder müssen die Kommunen von übermäßigen Dokumentations- und Berichtspflichten entlasten und ihnen mehr eigenverantwortliche Gestaltungsmöglichkeiten einräumen.

Der Gemeinderat hebt hervor:

Die Stadt Mannheim steht trotz erheblicher Sparanstrengungen vor extremen finanziellen Herausforderungen.

Gleichzeitig bleibt es notwendig, in zentrale Zukunftsbereiche zu investieren – insbesondere etwa in Schulen, Kinderbetreuung, Klimaschutz, Verkehrsinfrastruktur, Bäder sowie die soziale Entwicklung in den Stadtquartieren. Diese Investitionen dürfen nicht durch eine strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen gefährdet werden.

Die Kommunen sind der Ort, an dem Bürgerinnen und Bürger den Staat unmittelbar erleben. Ohne leistungsfähige Städte und Gemeinden gerät das Vertrauen in staatliches Handeln und in die demokratischen Institutionen insgesamt in Gefahr.

Der Gemeinderat erwartet daher dringend noch in dieser Legislaturperiode spürbare und nachhaltige Entlastungen für die Kommunen.